

Antrag 201/II/2018

KDV Steglitz-Zehlendorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Rentenleistungen

**1 Verlegung der Fälligkeit und des Auszahlungszeitpunkts
2 von Rentenleistungen vom Ende auf den Anfang eines
3 Monats – Änderung des § 118 Absatz 1 Satz 1 des Sechsten
4 Sozialgesetzbuches auf den Stand vor dem 01.03.2004**

5
6 Der SPD-Landesvorstand, die SPD-Fraktion im Abgeordne-
7 tenhaus und die SPD-Fraktion im Bundestag Senat wer-
8 den aufgefordert, umgehend mittels Gesetzesinitiativen
9 darauf hinzuwirken, dass durch eine Änderung der o. a.
10 Vorschrift der Fälligkeitszeitpunkt von Rentenleistungen
11 und der Rente verwandten Leistungen (z. B. Zuschuss zum
12 Krankenversicherungsbeitrag) wieder auf den Anfang ei-
13 nes Monats gelegt wird.

14
15 (Weiterleitung an die sozialdemokratischen Senatoren
16 und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus zwecks Ein-
17 bringung einer Bundesratsinitiative)

18 (Weiterleitung an die SPD-Fraktion im Deutschen Bundes-
19 tag)

20
21 **Begründung**

22 Der Übergang vom Arbeitsentgelt oder auch von Entgel-
23 tersatzleistungen in die Rente darf für die Betroffenen
24 keine finanziellen Einbußen darstellen. Der Anspruch auf
25 eine Rente entsteht grundsätzlich bereits am ersten ei-
26 nes Monats, lediglich Fälligkeit und Auszahlung erfolgen
27 am Ende des Monats. Diese Regelung ist erst seit dem
28 01.03.2004 gesetzlich verankert. Bis zu diesem Zeitpunkt
29 erfolgte dies auch bereits am Anfang des entsprechen-
30 den Monats. In den Zeiten voller Rentenkassen (33 Milli-
31 arden EUR) hat die aktuelle Regelung keine Berechtigung
32 mehr. Im Jahr 2017 hat die Gesetzliche Rentenversiche-
33 rung ca. zehn Millionen EUR Strafzinsen für Ihre Guthaben
34 gezahlt, für das Jahr 2018 werden 50 Millionen erwartet.*
35 Dieses von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern
36 hart erwirtschaftete Geld kann durch eine Verlegung von
37 Fälligkeits- und Auszahlungszeitpunkt auf den Anfang ei-
38 nes Monats deutlich sinnvoller ausgegeben werden.

39 * Quelle: „Die Welt“, Online-Ausgabe vom 15.11.2017

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)